Rede zum Tag der politischen Gefangenen

Gruppe Klein-Nizza - Radikale Linke Würzburg

Würzburg, 18. März 2021

Da wir heute alle zusammen hier stehen und für die Freiheit unserer GenossInnen in den Knästen dieser Welt kämpfen wollen, sollten wir uns auch die Frage stellen, warum das einstehen für unsere Überzeugungen uns immer wieder in Konflikte mit dem Staat und seiner Ordnung führt, und was wir dem praktisch entgegensetzen können.

Zumindest innerhalb der radikalen Linken sollte klar sein, dass von Seiten des Staats keine Gerechtigkeit zu erwarten ist. Die wesentliche Aufgabe des Staats besteht darin, einen funktionsfähigen Rahmen für die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur zu bieten. Dort wo der Staat den reibungslosen Ablauf der dafür nötigen Mechanismen gefährdet sieht, schlägt er mit aller Kraft zu. Auf der Straße wird dies in der Regel von der Polizei umgesetzt.

Die Aufgabe der Polizei ist es, mit Gewalt durchzusetzen, dass die gegenwärtigen Verhältnisse fortbestehen. Verhältnisse die, insbesondere global betrachtet, für einige wenige nützlich sind, die große Masse der Bevölkerung jedoch an der dauerhaften Befriedigung ihrer Bedürfnisse hindern. Die Aufgabe der Polizei ist es, Arme zu bestrafen, die sich durch Diebstahl das Nötige beschafft, das sie durch Kauf nicht erwerben können. Ihre Aufgabe ist es, Arbeiter*innen auf die Straße zu jagen, welche die von ihren Vermieter*innen geforderten Summen nicht mehr aufbringen können. Ihre Aufgabe ist es, den Obdachlosen zu vertreiben und zu bestrafen, der in eine leerstehende Spekulationswohnung einbricht, um sich zu wärmen. Ihre Aufgabe ist es, jene Flüchtlingsfamilie zum Flughafen zu prügeln und in Elend und Tod abzuschieben, die die politischen Vertreter dieses Systems als volkswirtschaftlich überflüssig eingeschätzt haben. Die Aufgabe der Polizei ist es, den den Rotstift ansetzenden Manager*innen vor der Wut der von ihnen entlassenen Arbeiter*innen zu schützen. Ihre Aufgabe ist es, demonstrierende Linke zu drangsalieren und einzuschüchtern, die für die Überwindung dieses per se schlechten, per se ungerechten, per se grausamen Systems werben. Die Bullen sind Leibgarde derer, die vom ausbeuterischen System profitieren, nicht in dem Sinne, dass sie die Interessen des konkreten Kapitalisten A oder B vertreten, sondern indem sie die universelle Gültigkeit der Regeln erzwingen. Gerade am heutigen Tag, aber genauso an jedem anderen, sollten wir deutlich machen, dass mit Staat und Polizei kein befreites Leben zu haben ist. Die Polizei wird immer zwischen uns und unserem Streben nach einem guten Leben für

alle stehen, während der bürgerliche Staat und seine Gerichte ihr bei jeder nur erdenklichen Gewalt gegen uns Rückendeckung geben wird. Vielmehr müssen wir uns kollektiv und gegen diesen Staat organisieren! Sicherheit entsteht aus kollektiver und emanzipatorischer Organisierung, nicht aus den Gewehrläufen des Staates! Ein zentraler Punkt, um erst gar keine Repression zu ermöglichen, ist unsere Haltung zu den Repressionsorganen. Es darf keinerlei Zusammenarbeit mit ihnen geben, Staat, Polizei und Justiz stehen im absoluten Gegensatz zu den Idealen und Zielen von unserer Bewegung. Jede noch so kleine Aussage, jeder noch so unbedeutende Hinweis kann Ermittlungen und andere Konsequenzen nach sich ziehen. Das müssen wir uns immer wieder selbst bewusst machen, genauso wie wir in unserem Umfeld ein Bewusstsein dafür schaffen müssen, um uns selbst und unserer GenossInnen zu schützen. Um als Bewegung gegen die ständigen Angriffe von Staat und Polizei bestehen zu können, müssen wir praktische Solidaritätsarbeit organisieren. Diese Arbeit ist Aufgabe von uns allen und fängt bei und selbst und in unserem direkten Umfeld an. Wenn der Staat mal wieder darauf aus ist, Einzelne zur Verantwortung zu ziehen, müssen wir uns dem gemeinsam entgegenstellen. Wir müssen den von Repression betroffenen unsere Solidarität entgegenbringen und zeigen, dass sie nicht alleine sind. Die Solidarität, die wir dabei zeigen, muss viele verschiedene Facetten haben. Neben finanzieller und politischer Solidarität braucht es oft auch emotionale Unterstützung, denn staatliche Repression in Form von Polizeigewalt, Kriminalisierung, Überwachung und Freiheitsentzug hat auch weniger offensichtliche Auswirkungen wie emotionalen Stress bis hin zu einem psychischen Trauma.

Diese Auswirkungen sind politisch durchaus gewollt, da Einzelne durch ein Gefühl von Handlungsunfähigkeit und Ohnmacht gegenüber staatlicher Herrschaft abgeschreckt werden sollen, wodurch oftmals ein Rückzug aus politischen Bewegungen erfolgt. Dagegen müssen wir gemeinsam und solidarisch ankämpfen! Zeigt den von Repression Betroffenen, dass sie nicht alleine sind. Tretet ein in die Rote Hilfe und helft mit, Betroffene finanziell und politisch zu unterstützen. Unterstützt die Betroffenen dabei, die Repression öffentlich zu thematisieren und in einen politischen Kontext zu setzen. Seid für eure GenossInnen da, seid aufmerksam und leistet emotionalen Support, auch langfristig! Unterstützt die Betroffenen vor Gericht, tauscht euch über eure Erfahrungen aus, gerade mit unerfahreneren GenossInnen. Teilt diese Erfahrungen nicht erst, wenn es zu Repression gekommen ist, sondern tauscht euch schon vorher über Strategien im Konflikt mit Staat und Polizei aus. Informiert euch über Gefangene in den Knästen, schreibt ihnen Briefe, macht ihre Fälle bekannt. Leistet Bildungsarbeit für euch und für andere, lest Materialien der Roten Hilfe oder von Gruppen, die sich mit emotionalem Support beschäftigen, wie die Out-of-Action Strukturen.

Solidarität ist unsere stärkste Waffe – aber nur wenn wir sie auch praktisch mit Leben füllen!